

Nachfolgend das Manuskript zum Beitrag „Zivile Universitäten? Drittmittelforschung für den Krieg“ Sendung in „wdr 3 Resonanzen“ am 22. Juni 2012

Auch in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise bleibt Deutschland drittgrößter Waffenexporteur der Welt. Und Deutschland gehört zu den drei europäischen Staaten, in denen das Militär trotz Schuldenkrise von Budgetkürzungen weitgehend verschont bleibt. Der deutsche Rüstungsetat wird 2012 sogar ein wenig steigen. Moderne Waffentechnologie braucht Forschung. Wie viel das Bundesverteidigungsministerium dafür ausgibt, lässt sich nur vermuten, offizielle Informationen gibt es nicht. Nach Schätzungen der Informationsstelle Militarisation in Tübingen dürfte es um eine Summe von einer Milliarde Euro jährlich gehen. Neben staatlichen Einrichtungen wie der Fraunhofer-Gesellschaft, der Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften in Bonn oder dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Köln beschäftigen sich zunehmend auch Universitäten mit der lukrativen Kriegsforschung.

Ein Beitrag von Albrecht Kieser



Ein deutsches U-Boot für den Export

ein wenig steigen, auf knapp 32 Mrd. Euro^{4,5}.

Waffen, die auf moderne Weise den Gegner ausschalten sollen, brauchen Forschung. Gut 1 Milliarde Euro gibt das Bundesverteidigungsministerium dafür jährlich aus. So vermutet zumindest die Informationsstelle Militarisation in Tübingen. Das Ministerium selber nennt auf Nachfrage keine genauen Zahlen, das

Bundesforschungsministerium auch nicht.

Beauftragt mit der Forschung für den effektiveren Krieg werden in Deutschland traditionell staatliche Einrichtungen wie etwa die Fraunhofer-Gesellschaft, die Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften in Bonn, FGAN, oder das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Köln. Kriegsforschung findet aber auch zunehmend an den Universitäten statt. Albrecht Kieser berichtet.

Autor:

Die Kriegsforschung an den Universitäten nimmt zu. Auf eine kleine Anfrage der Fraktion „Die Linke“ nach entsprechenden staatlichen Fördermitteln rückte das Bundesverteidigungsministerium eine Tabelle mit seinen jährlichen Drittmittelaufträgen an die Hochschulen heraus. Dort war zu lesen, dass in den letzten zehn Jahren 48 Hochschulen Zuwendungen aus dem Ministerium erhalten haben, an der Spitze die Deutsche Sporthochschule Köln, die Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg und die TU München. Allein 2010 hat das Bundesverteidigungsministerium 4,5 Millionen Euro an Universitäten gezahlt und 45 Millionen Euro im Gesamtzeitraum. Nur fehlte bei der Regierungs-

Albrecht Kieser

Cranachstr. 48, 50733 Köln

Tel. 0221 / 789 59 327

Albrecht.Kieser@rjb-koeln.de

Universitäre Freiheit Drittmittelforschung für den Krieg

Anmoderation

Das Geschäft mit dem Tod ist bekanntlich eins der sichersten. Deutschland ist diesbezüglich sehr sicher. Denn Deutschland bleibt auch in der Krise drittgrößter Waffenexporteur der Welt¹. Rheinmetall, Thyssen-Krupp, Krauss-Maffei, Diehl und andere verkaufen pro Jahr für zweieinhalb bis drei Milliarden Dollar² friedensstiftende Tötungsgeräte in aller Herren Länder. In Europa gehört Deutschland zu den drei Staaten, in denen das Militär auch in der Krise von Budgetkürzungen weitgehend verschont bleibt³. Der deutsche Rüstungsetat wird 2012 sogar

¹ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/151877/umfrage/weltweite-marktanteile-am-export-von-konventionellen-waffen-nach-nationen/>

² Ausreißer nach unten ist das Krisenjahr 2011, da sackte der Rüstungsexport auf nur 1,2 Mrd. Dollar:

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/152204/umfrage/entwicklung-der-ruestungsexporte-aus-deutschland-seit-dem-jahr-2000/>

³ SIPRI Factsheet on military expenditure 2011, S. 3 (<http://www.sipri.org/research/armaments/milex/sipri->

<factsheet-on-military-expenditure-2011/view>)

⁴ <http://www.bundeswehr-monitoring.de/auftrag-und-struktur/haushaltsentwurf-2012-sieht-steigenden-militaeretat-vor-11986.html>

⁵ SIPRI geht sogar von 45 Mrd. US-Dollar aus, die Deutschland 2012 für die Rüstung verwendet hat (<http://www.sipri.org/yearbook/2011/files/SIPRIYB11summaryDE.pdf>, S. 9

antwort jede Angabe, wofür das Geld verwendet wurde⁶. Und niemand weiß, wer sonst noch Kriegsforschungsgelder an die auf Drittmittel dringend angewiesenen Universitäten zahlt. Andere Ministerien, Bundesländer, die Europäische Union, Rüstungsunternehmen? Darüber gibt es keine Tabelle, keine Statistik, sondern höchstens Einzelfallbeispiele.

Sprecher:

Wie das der Universität Bremen. Sie hat sich 1986 in einer sogenannten Zivilklausel verpflichtet, keinerlei militärisch nutzbare Forschung zu betreiben. Dennoch hat die Uni Bremen drei Jahre lang gemeinsam mit dem Bremer Rüstungsunternehmen OHB an einem militärisch genutzten Aufklärungssystem geforscht und dafür von OHB 100.000 Euro erhalten. Das satellitengestützte Radar-Aufklärungssystem überwacht mit fünf Kleinsatelliten - Zitat - "im Dienste der Bundeswehr die Erde rund um die Uhr bei jeder Tages- und Nachtzeit mit höchster Auflösung".

Autor:

Herausgekommen ist die Zusammenarbeit zwischen der Bremer Universität und der Rüstungsfirma zufällig. Als nämlich OHB der Uni anbot, als Dank für die bisherige gute Zusammenarbeit eine Professur für Raumfahrttechnik mit jährlich 165.000 Euro zu finanzieren, wurde der zwischen 2003 und 2006 vollzogene Kontrakt bekannt. Die universitären Gremien bekräftigten daraufhin mit Mehrheit den alten Zivilklausel-Beschluss - der Universitätsrektor aber erklärte, die Professur werde trotzdem kommen.

Sprecher:

Womit das entscheidende Dilemma im Streit um die Ausrichtung der universitären Forschung benannt ist. Ob Kriegs- oder Friedensforschung – entschieden wird nicht per Grundsatzbeschluss, sondern in jedem Einzelfall. Und zwar selbst dann, wenn sich eine Universität mit einer Zivilklausel eigentlich ganz grundsätzlich gegen die Teilhabe an der Kriegsforschung entschieden hat. Die Verfechter der Zivilklausel fordern deshalb auch die gesetzliche Verankerung des Friedensforschungsprinzips. Die Partei "Die Grünen" war übrigens bis zu ihrer Regierungsübernahme in Baden-Württemberg dafür. Wahlkampfgetöse. Vor kurzem lehnten die Regierungsfractionen im baden-württembergischen Landtag einen entsprechenden Antrag auf Verankerung der Zivilklausel ab.

Autor:

In Karlsruhe wird seit Jahren heftig über die Kriegsforschung gestritten. In einer Urabstimmung haben sich die Studenten mit großer Mehrheit dagegen entschieden. Aber die Universität und das von ihr

unterstützte Karlsruher Institut für Technologie, KIT, profitiert seit Jahren von Kriegsforschungsmitteln. Also will die Universitätsleitung keine Klausel. Allerdings besitzt der andere Partner des KIT, das Forschungszentrum Karlsruhe, sehr wohl eine Zivilklausel, und zwar bereits seit den 50er Jahren - Resultat der damaligen kritischen Auseinandersetzung mit der Rolle von Wissenschaftlern und Technikern im nationalsozialistischen Krieg.

Sprecher:

Doch mit der Annahme des KIT-Gesetzes im Landtag von Baden-Württemberg hat es mit dieser Zivilklausel ein Ende. Die grüne Bildungsministerin befand öffentlich und kämpferisch, sie sei "nicht mehr zeitgemäß".

Autor:

Da mag sie Recht haben. Demokratie im Rüstungssektor und in der Kriegsforschung war noch nie zeitgemäß, so auch heute nicht. Denn Rüstungsaufträge auch an Universitäten wurden und werden bislang nicht offengelegt oder gar öffentlich diskutiert. Kriegsvorbereitung ist Verschlussache. Gerade dagegen wenden sich die "unzeitgemäßen" Kritiker dieser Praxis. Wenn Zivilklauseln, ob nur universitär oder gesetzlich verankert, die Offenlegung fragwürdiger Zuwendungen zur Pflicht machen würden, hätte es ein Ende mit dem Geschacher hinter verschlossenen Türen und dem forschenden Kriegsgemauschel im Geheimen, zumindest der Möglichkeit nach. Immerhin könne dann offen gestritten werden, selbst wenn der Streit erst nachträglich und gezwungenermaßen stattfindet, wie in Bremen.

Sprecher:

Erst die öffentliche Debatte um kriegerische Forschungsprojekte, ihren Zweck und ihr Ziel, setzt die Entfaltung einer demokratischen Friedenskultur in Gang. So sieht es auch der internationale Aufruf für die Etablierung von Zivilklauseln. Er ist seit 2011 in der Welt. Viele Nobelpreisträger und Wissenschaftler haben ihn unterzeichnet und auch in Deutschland befördert er die Bewegung für Zivilklauseln an den Universitäten.

Autor:

Die Politik allerdings scheint so viel massive Prominenz nicht zu beeindrucken. Die rot-grüne Blockade in Baden-Württemberg ist kein bedauerlicher Einzelfall. Auch das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen will bisher von einem Verzicht universitärer Kriegsforschung an den Landesuniversitäten nichts wissen. Aber die Aktivisten legen nach und organisieren für den September eine Aktionswoche an den Hochschulen

⁶ <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/062/1706200.pdf>